

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Steuergesetzrevision 2025; Erstes Umsetzungspaket Leitsätze Steuerstrategie 2022–2030; Steuergesetz; Änderung
PDF-Dokument generiert am	25.08.2023 08:09
Stellungnahme von:	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Steuergesetzrevision 2025; Erstes Umsetzungspaket Leitsätze Steuerstrategie 2022–2030; Steuergesetz; Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 30. Mai 2023 bis 31. August 2023.

Inhalt

Mit dem Planungsbericht Steuerstrategie 2022–2030 hat der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Auslegeordnung möglicher Massnahmen vorgelegt mit dem Ziel, den Wohn- und Wirtschaftskanton Aargau zu stärken. Anhand der definierten vier Handlungsfelder (juristische Personen, natürliche Personen, Gegenfinanzierung und flankierende Massnahmen) wurden die strategischen Ziele pro Handlungsfeld ausgeführt und mögliche Massnahmen aufgezeigt. Die Essenz pro Massnahme wurde jeweils in einem Leitsatz festgehalten. Der Grosse Rat hat am 21. März 2023 den Planungsbericht mit Anpassungen an den Leitsätzen genehmigt. Mit der vorliegenden Gesetzesrevision 2025 sollen im Sinne eines ersten Umsetzungspakets die Leitsätze aus der Steuerstrategie 2022–2030 umgesetzt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Finanzen und Ressourcen

Daniel Schudel

Vorsteher

Kantonales Steueramt

062 835 25 81

daniel.schudel@ag.ch

Angaben zu Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)
E-Mail	info@aihk.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Sebastian
Nachname	Rippstein
E-Mail	sebastian.rippstein@aihk.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1: Massnahme Vermögenssteuer (Leitsatz 10)

Um die Attraktivität des Kantons Aargau zu steigern, kann die Vermögenssteuer gemildert werden. Um nicht nur die hohen Vermögen zu entlasten, sondern auch die von der Steuergesetzrevision Schätzungswesen betroffenen Steuerpflichtigen teilweise zu entlasten, wird die Reduktion der höchsten Tarifstufe mit einer abnehmenden Reduktion der unteren Tarifstufe und einer Erhöhung des Freibetrags verbunden. Die Steuergesetzrevision Schätzungswesen befindet sich bereits in Umsetzung, da ein Verwaltungsgerichtsurteil die beförderliche Umsetzung dieser gerichtlich verfüzten Anpassungen insbesondere bezüglich Eigenmietwert verlangt. Mit Leitsatz 10 der Steuerstrategie 2022–2030 würde zudem sowohl das Postulat FDP/SVP (22.143) sowie das Postulat Die Mitte (22.149) umgesetzt werden. Mittels diesen Postulaten wird gefordert, dass die Mehreinnahmen aus der Steuergesetzrevision Schätzungswesen im Steuersystem belassen, sprich im ausgewiesenen Bedarf der Anpassungen der Vermögens- und Einkommenssteuern zur Stärkung des Wirtschafts- und Wohnstandorts wieder eingesetzt werden.

Siehe Kapitel 3.1 des Anhörungsberichts (Seiten 10–16).

Sind Sie damit einverstanden, dass die Vermögenssteuertarife so reduziert werden, dass die Mehrbelastung für die Eigenheimbesitzer aus dem neuen Schätzungswesen zu einem wesentlichen Teil kompensiert werden und gleichzeitig die Vermögen entlastet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit im interkantonalen Verhältnis zu verbessern?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Frage 2: Reduktion obere Tarifstufe bei den Einkommenssteuern (Leitsatz 8)

Im Bereich der höchsten Einkommen ist die Steuerbelastung des Kantons Aargau nur durchschnittlich. Mit der Reduktion der Belastung im oberen Bereich der Einkommenssteuer kann der Kanton Aargau seine Attraktivität deutlich verbessern.

Siehe Kapitel 3.2.1 des Anhörungsberichts (Seiten 16–20).

Sind Sie grundsätzlich mit einer Entlastung der höheren Einkommen (Abflachung der Tarifkurve), damit die oberen Einkommen eine ähnliche Positionierung wie die mittleren und unteren Einkommen erreichen, einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Frage 3: Höhe der Tarifreduktion bei den Einkommenssteuern

Der Regierungsrat hat zwei verschiedene Varianten zur Entlastung der höheren Einkommen aufgezeigt. Einerseits wird eine Reduktion der höchsten Tarifstufe auf 9,5 % vorgeschlagen. Alternativ, könnten auch zusätzlich Teile des oberen Mittelstands entlastet werden. Damit diese Variante mit vergleichbaren Mindereinnahmen verbunden ist, wird die höchste Tarifstufe für die einfache 100 %-Steuer auf lediglich 9,75 % reduziert.

Siehe dazu Kapitel 3.2.1.1 und 3.2.1.2 des Anhörungsberichts (Seiten 17–20).

Wenn Sie mit der Entlastung der höheren Einkommen einverstanden sind: Präferieren Sie eine Reduktion der obersten Tarifstufe auf 9,5 % oder 9,75 %?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- 9,5 %
- 9,75%

- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Frage 4: Integration des Kleinverdienerabzugs in den Tarif (Leitsätze 8a und 9)

In der aktuellen Ausgestaltung ist der Kleinverdienerabzug im aktuellen System mit Vollsplitting-Tarif ein Fremdkörper. Eine Folge davon ist, dass es im Aargau bei den Pflichtigen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen immer noch die sogenannte Heiratsstrafe gibt. Soll auch die Belastung von kleinen Einkommen mit dem Vollsplitting kompatibel sein und entsprechend auch bei diesen die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft werden, so kann der Kleinverdienerabzug in den ordentlichen Tarif integriert werden.

Siehe dazu Kapitel 3.2.2 des Anhörungsberichts (Seiten 20–24).

Sind Sie mit einer Integration des Kleinverdienerabzugs für eine einfachere Besteuerung sowie Abschaffung der Heiratsstrafe auch bei den unteren Einkommensstufen einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Frage 5: Erhöhung Kinderabzug (Leitsatz 7a)

Um die steuerliche Belastung bei Verheirateten mit Kindern zu senken, kann der Kinderabzug um Fr. 400.– erhöht werden. Damit würden auch Verheiratete mit zwei Kindern mit einem Bruttoarbeitseinkommen von Fr. 100'000.– unter der Top 10-Linie zu liegen kommen.

Siehe Kapitel 3.2.3 des Anhörungsberichts (Seiten 24–25).

Sind Sie mit einer Erhöhung des Kinderabzugs um Fr. 400.– einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

Der Effekt einer Erhöhung des Kinderabzugs auf den interkantonalen Steuerwettbewerb ist eher gering. Zudem ist der Kanton Aargau mit seiner hohen Lebensqualität überdurchschnittlich attraktiv für Familien. Entsprechend kann auf die Erhöhung des Kinderabzugs verzichtet werden. Im Gegenzug soll auch auf die Angleichung der Grundstückgewinnsteuer verzichtet werden (siehe Frage 9).

Frage 6: Drittbetreuungskosten (Leitsatz 12)

Aufgrund der Verknüpfung zwischen Arbeitspensum und Maximalabzug (was neben dem Kanton Aargau nur noch der Kanton Thurgau kennt) steht der Kanton Aargau bei einer Erwerbstätigkeit beider Elternteile zusammen von weniger als 180 % im interkantonalen Vergleich sehr schlecht da. Deshalb wird vorgeschlagen, dass auf die Reduktion des Maximalabzugs wegen eines Teilpensums verzichtet werden soll. Zusätzlich soll der Maximalabzug erhöht werden.

Siehe dazu Kapitel 3.2.5 des Anhörungsberichts (Seiten 28–32).

Sind Sie mit den Anpassungen beim Abzug für Drittbetreuungskosten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Vereinfachung des Abzugs einverstanden (Erhöhung Maximalabzug sowie Verzicht Reduktion Maximalabzug aufgrund Teilpensum)?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Der Fachkräftemangel ist aufgrund der demographischen Entwicklung ein akutes Problem für die Wirtschaft. Entsprechend ist es notwendig, die inländische Arbeitsmarktpartizipation zu erhöhen. Dabei spielen Erwerbstätige mit Kindern eine besonders wichtige Rolle. Ein ausreichendes Angebot an Drittbetreuungsplätzen sowie finanzielle Anreize (resp. Entfernen der negativen Erwerbsanreize), sind eine wichtige Massnahme, damit dieses Angebot auch wahrgenommen wird. Entsprechend begrüsst die AIHK die Erhöhung der Abzüge der Drittbetreuungskosten. Der kausale Zusammenhang zur Erwerbstätigkeit ist jedoch zwingend. In diesem Fall kann, zugunsten der administrativen Vereinfachung, auf die Reduktion des Maximalabzugs bei Teilzeitpensen verzichtet werden.

Frage 7: Abzüge für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten (Leitsatz 13)

Um das lebenslange Lernen zu fördern, kann für die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung einschliesslich der Umschulungskosten ein Abzug geltend gemacht werden. Es wird vorgeschlagen, den Maximalabzug von Fr. 12'000.– auf Fr. 18'000.– zu erhöhen.

Siehe dazu Kapitel 3.2.6 des Anhörungsberichts (Seite 32).

Sind Sie mit einer Erhöhung des Maximalabzugs der Abzüge für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten um Fr. 6'000.– einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Das Kosten-/Nutzenverhältnis dieser Massnahme scheint sehr günstig. Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens nimmt ständig zu. Die Zielgruppe dieser Massnahme sind allerdings eher höherqualifizierte Arbeitnehmende. Diese Gruppe bildet sich bereits heute überdurchschnittlich oft weiter. Entsprechend dürfte die zusätzliche Wirkung eher gering ausfallen bei gleichzeitig hohen Mitnahmeeffekten. Zusätzlich wären noch Anreize zu schaffen, welche die Weiterbildungstätigkeit von unterdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften erhöht.

Frage 8: Gewinnsteuern Vereine und Stiftungen (Leitsatz 6)

Mit der etappierten Senkung des ordentlichen Tarifs bei den juristischen Personen (Steuergesetzrevision 2022), werden die Vereine und Stiftungen stärker besteuert als die juristischen Personen. Dies ist sachlich nicht begründbar. Für Vereine und Stiftungen sollte daher auch im Sinne der Standortattraktivität derselbe (neue) Proportionaltarif von 5,5 % zur Anwendung gelangen.

Siehe dazu Kapitel 3.4 des Anhörungsberichts (Seiten 32–33).

Sind Sie mit der Senkung der Gewinnsteuern für Vereine und Stiftungen von heute 6 % auf 5,5 % – analog den juristischen Personen – einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 8

Frage 9: Angleichung Grundstückgewinnsteuer (Leitsatz 17; Wiedererwägung)

Der Kanton Aargau verfügt bei längerer Besitzdauer über eine äusserst moderate Grundstückgewinnbesteuerung. Sie beträgt ab dem 25. Besitzjahr lediglich noch 5 % des Gewinns. Im Sinne einer Angleichung an die Steuern der Nachbarkantone wird eine Erhöhung auf 10 % vorgeschlagen.

Siehe dazu Kapitel 3.5 des Anhörungsberichts (Seite 33).

Sind Sie mit der Angleichung der Grundstückgewinnsteuer an die Nachbarkantone einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 9

Auch wenn aufgrund der Angleichung der Grundstückgewinnsteuern nicht mit Wanderbewegungen zu rechnen ist, ist aus Sicht der AIHK der negative Effekt auf die Standortattraktivität nicht zu unterschätzen. Entsprechend ist auf diese Gegenfinanzierungsmassnahme zu verzichten. Im Gegenzug soll auf die Erhöhung des Kinderabzugs (siehe Frage 5) verzichtet werden.

Frage 10: Umsetzung mit Staffelung

Der Regierungsrat hat sämtliche für die Umsetzung der Steuerstrategie möglichen Massnahmen geprüft und beurteilt. Er empfiehlt eine Staffelung, damit eine möglichst aktualisierte finanzpolitische Einordnung der Massnahmen möglich ist und der Leitsatz 1 'ertragsneutrale Umsetzung' eingehalten werden kann.

Siehe dazu Kapitel 4 des Anhörungsberichts (Seiten 34–37).

Sind Sie mit der gestaffelten Umsetzung einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden

- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 10

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.